

Presseinformation
zur Frühjahrstagung der Agrarsozialen Gesellschaft e.V.
am 05. und 06. Juni 2024 in Köln

Kulturlandschaften im Wandel – Nachhaltig. Vielfältig. Innovativ.

Göttingen, 10. Juni 2024 – „Nichts ist beständiger als der Wandel.“ Dieses Zitat gilt gerade auch für unsere Landschaften, die von fortwährenden Veränderungen besonders betroffen sind, z. B. durch den Kohleausstieg oder die erforderlichen Anpassungen der Landnutzung an den Klimawandel.

Welchen Herausforderungen in ländlichen Räumen begegnet werden muss und wie die Gestaltung vor allem in den betroffenen Braunkohlerevieren erfolgt, dafür bot die Frühjahrstagung der Agrarsozialen Gesellschaft e.V. (ASG) am 05. und 06. Juni in Köln praxisnahe Einblicke aus verschiedenen Perspektiven. Auch Instrumente der Förderpolitik sowie Aspekte des Hochwasserschutzes wurden beleuchtet.

„Was wir als Natur erleben, ist vom Menschen beeinflusst und geschaffen“, so Wolfgang Reimer, Vorsitzender des Vorstands der Agrarsozialen Gesellschaft e.V. in seiner Begrüßung. Das Thema der Tagung „Kulturlandschaften im Wandel“ gehe von dieser Prämisse aus, wobei der menschliche Eingriff in den vergangenen Jahrhunderten trotz punktueller ökologischer Katastrophen die Artenvielfalt erhöht und Lebensraum für ein breites Spektrum von Pflanzen- und Tiergemeinschaften geschaffen habe. Der Kipppunkt werde mit der Intensivierung der Landwirtschaft in den 1960er Jahren (Stichwort Mansholt-Plan) verbunden. Aktuell gehe der Verlust von Landschaft mit der Energiegewinnung einher, u. a. durch ausgedehnte Wind-Parks sowie die zunehmende Anzahl von Freiflächen-Photovoltaik-Anlagen. Wie mit „geschlagenen Wunden der Moderne“ in den Regionen des Braunkohleabbaus im Rheinischen Revier und der Lausitz umgegangen werden kann, wolle die Tagung zeigen und zugleich zukunftsorientierte Ansätze beleuchten. Dabei liege der Fokus auf Chancen und Instrumenten zur Stärkung der Regionalentwicklung einschließlich Beteiligung der Menschen. Ziel der ASG sei es, so Reimer, Möglichkeiten und Wege, den Anforderungen zu begegnen, bekanntzumachen.

Dr. Jan Dietzel, Abteilungsleiter im Ministerium für Landwirtschaft und Verbraucherschutz des Landes Nordrhein-Westfalen (NRW), stellte in seinem Grußwort dar, wie eng sich die Wechselbeziehungen zwischen ländlichen Räumen und den dicht besiedelten Industrieregionen Nordrhein-Westfalens im Herzen Europas entwickelt haben. Das Land sei nach Bayern und

Niedersachsen der drittstärkste Agrarstandort, betonte Dietzel – daher prägten von Menschen geschaffene Kulturlandschaften das Gesicht der ländlichen Räume in NRW. Die großen Herausforderungen seien je nach Region sehr vielfältig und es gehe aus Sicht des Landwirtschaftsministeriums vor allem darum, die landwirtschaftlichen Flächen zu erhalten und den notwendigen Strukturwandel mit den Menschen zu gestalten.

Dr. Thomas Wilk, Regierungspräsident des Regierungsbezirks Köln, beschrieb in seinem Grußwort, dass sich die Kulturlandschaften in NRW in einem kontinuierlichen, in Teilen aber auch abrupten Wandel befänden. Im Rheinischen Revier führe der Kohleausstieg zu einem Verlust von 15.000 Arbeitsplätzen. Erforderlich sei die Umgestaltung einer riesigen Landschaft, für die der Bund eine Förderung in Höhe von 14,8 Milliarden bereitgestellt habe. Hier seien gezielte Ausrichtungen auf u. a. lebendige Zentren, Daseinsvorsorge, Mobilität (z. B. Reaktivierung der RWE-Bahnlinien) erforderlich. „Die Königsdisziplin im Strukturwandel heißt im Rheinischen Revier Identität schaffen“, so Dr. Wilk. Die Regionen würden sich auf ihre Stärken besinnen; dabei sei die Entwicklung innovativer Technologien durch die Hochschulen ein wichtiger Faktor. Im Strukturwandel bilde eine leistungsstarke Mobilität die Grundlage für die Ansiedlung neuer Unternehmen. Als Beispiel nannte er zwei neue Rechenzentren von Microsoft, die in naher Zukunft im Rheinischen Revier entstehen würden.

Prof. Dr. Kühne, Universität Tübingen, gab einleitend einen Einblick in die unterschiedlichen Vorstellungen und Bewertungsmuster von Landschaft. „Menschen mit unterschiedlicher Sozialisation und Kultur sehen in einem Raum eine ganz andere Landschaft“, so Kühne. Diese Unterschiede in den individuellen Wahrnehmungen zu erkennen, sei grundlegend dafür, bestehende Konflikte bei Eingriffen und Veränderungen in die Landschaft, z. B. dem Bau von Windkraftanlagen, besser zu verstehen und zwischen den beteiligten Akteuren zu vermitteln. Wenn sich physische Grundlagen veränderten, führe dies immer zu Unbehagen und werde als Heimatverlust empfunden, unabhängig davon ob es sich um eine Industrie- oder ländliche Landschaft handele. Empirisch belegt seien die großen Unterschiede in den Vorstellungen von Landschaft zwischen verschiedenen Alterskohorten.

Proteste und Konflikte beinhalten jeweils spezifische räumliche Ausprägungen. Gleichwohl müsse bspw. die Aussage „not in my backyard“ eine Konkretisierung erfahren, da die räumliche Verteilung von Bürgerinitiativen nicht der Raumstruktur von Energieanlagen entspreche. Der Widerstand gegen Landschaftsveränderungen könne als Ausdruck der Legitimations- und Partizipationskrise der Politik gesehen werden. 40 % der Konflikte seien sehr lokal geprägt. Dadurch werde es immer schwieriger, Konflikte zu erklären. Eine Unterdrückung oder Lösung von Landschaftskonflikten sei nicht möglich, nur deren Regelung zwischen den Konfliktparteien. Dafür bildeten lokale Partizipationsprozesse die Voraussetzung.

In der europäischen Forschungs- und Agrarpolitik bestehe Einigkeit darüber, dass zur Bewältigung der gesellschaftlichen Herausforderungen Innovationen gebraucht würden, knüpfte Dr. Susanne Freifrau von Münchhausen, Hochschule für Nachhaltige Entwicklung Eberswalde, an. Laut EU-Definition seien Innovationen als Prozesse von Akteuren zur Entwicklung und Verbreitung einer technischen Neuerung oder eines neuen Produktes zu verstehen. Diese umfassten (immer) auch soziale, wirtschaftliche, organisatorische bzw. politische Prozesse. Auf dieser Grundlage gab Dr. von Münchhausen konkrete Einblicke in die Ko-Innovationsförderung der

Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP). In der EU-Förderung böte das AKIS-Konzept (Agricultural Knowledge and Innovation Systems) als Wissens- und Innovationssystem für die Landwirtschaft den Rahmen für die Entstehung und Verbreitung von Innovationen. Hier verfolge das Projekt PREMIERE einen interaktiven Innovations- und Multiakteursansatz und setze auf die Zusammenarbeit von sog. Operationellen Gruppen. Ein weiterer Bestandteil sei das EIP-Agri Konzept. Im Mittelpunkt stehe die Kooperation von Wissenschaft und landwirtschaftlicher Praxis, um Innovationen gezielt voranzubringen. Entscheidend sei, entsprechende (Zeit-)Ressourcen für die Abstimmung und Kommunikation vor allem bei Interessenskonflikten, die unvermeidbar seien, einzuplanen. Mit Verweis auf die hohen Fördersummen (2013-2020: ca. 1 Mrd. €) belegte Dr. von Münchhausen den hohen Stellenwert des Ansatzes der Ko-Innovation, der in der Förderperiode 2023-2028 weiter ausgebaut werden soll. Problematisch stellten sich jedoch die administrativen Anforderungen dar. Mit einem Zitat des Agrarkommissars Janusz Wojciechowski „We do not only do research and innovation for practitioners, but also with practitioners“ beschloss Dr. von Münchhausen ihren Vortrag.

Antonia Milbert, Kompetenzzentrum Regionalentwicklung des Bundesinstituts für Bau-, Stadt und Raumforschung (BBSR), benannte mit dem Investitionsgesetz Kohleregionen (InvKG) den Rahmen, mit dem der energiepolitisch bedingte Wandel in den drei deutschen Braunkohlerevieren abgedeckt werden und im Sinne einer wirtschaftsstrukturellen Diversifizierung gestaltet werden soll. Dabei ging sie auf Gemeinsamkeiten und Unterschiede des Lausitzer Reviers, des Mitteldeutschen Reviers und des Rheinischen Reviers ein. Demnach sei das Rheinische Revier von einem kontinuierlichen Bevölkerungszuwachs geprägt, während sich im Mitteldeutschen und Lausitzer Revier die Bevölkerungszahlen nach fortlaufendem Rückgang nun auf niedrigem Niveau stabilisierten. Es werde angesichts des demografischen Wandels kein Arbeitsplatz-, sondern ein Arbeits- bzw. Fachkräftedefizit geben.

In den drei Regionen würden große Unternehmen bleiben wollen und in regenerative Energien investieren. Viele Kommunen hätten nach dem Tagebau aber auch erwartet, dass Flächen zurückgegeben werden, die sie als Tourismus-Standorte entwickeln oder für Renaturierung nutzen könnten, so Milbert. Es zeige sich eine starke Dynamik in den drei Revieren, die sich im Strukturwandel als Modellregionen für technologische Innovation sehen. Soziale und ökologische Aspekte seien eher noch von untergeordneter Bedeutung.

Zudem müsse Braunkohle nicht nur als Wirtschaftsfaktor, sondern auch als identitätsstiftendes Element verstanden werden. Die Auswirkungen des Kohleausstiegs, der Ausbau der regenerativen Energien sowie mögliche negative Folgen für die Region und ihre wirtschaftliche Entwicklung würden von den Menschen mit Sorge beobachtet. Wichtig seien eine transparente Vermittlung und geeignete Formate für die Beteiligung der Bürger*innen. Für die wichtige Gruppe junger Menschen haben sich in der Lausitz bspw. Veranstaltungen mit sog. Science Cops als Format bewährt. Hier würden auch Youtuber mit einbezogen.

Ingolf Arnold, 1. Vorsitzender Wasser-Cluster-Lausitz e.V., BTU Cottbus-Senftenberg, beleuchtete den Strukturwandel 2.0 im Lausitzer Revier. Bereits in den 1990er Jahren sei mit dem Einbruch des Braunkohlesektors um 75 % ein tiefgreifender wirtschaftlicher Einschnitt bewältigt worden. Mittlerweile sei die Wandlung der ehemaligen Bergbauflächen zu touristischen Magneten gelungen, weil als Wasserspeicher entwickelte Bergbaufolgeseen mitge-

nutzt werden könnten. Auch sei die Neuansiedlung von Unternehmen z. B. aus der Papiererzeugung am Industriestandort gelungen, indem u. a. das Braunkohleveredlungswerk Schwarze Pumpe zu einem modernen Industriepark umgewandelt wurde.

Für die Gestaltung des Kohleausstiegs bis 2038 stünden Brandenburg und Sachsen für das Lausitzer Revier insgesamt 17,2 Mrd. € aus dem Investitionsgesetz Kohleregion zur Verfügung. Finanziert würden, so Arnold, große Leuchtturmprojekte wie das Bahnwerk Cottbus oder die Medizinische Universität Lausitz-Carl Thiem als großes Klinikum zur Ausbildung von Fachärzten und medizinischem Personal. Zudem würde eine große Anzahl weiterer Strukturwandel- und Entwicklungsprojekte (z. B. Geierswalder See), auch in länderübergreifender Zusammenarbeit, umgesetzt. Die neuen Seenlandschaften besuchten auch Touristen aus Polen oder Tschechien.

Nach dem Kohleabbau wieder einen natürlichen Wasserhaushalt zu schaffen, sei die große Mehrgenerationenaufgabe dieses Jahrhunderts, hob Arnold hervor. Es seien jetzt wasserpolitische Entscheidungen gemeinsam mit Bergbauunternehmen, den Anrainer-Bundesländern von Spree und Elbe sowie mit Polen zu treffen, die weit in die Zukunft reichen. Der Bund solle hierfür die Moderation übernehmen. In der Lausitz seien sie durchaus optimistisch und überzeugt, dass die Zukunftsaufgabe Wasserschutz in der Zusammenarbeit von Bund, Ländern und Unternehmen gut bewältigt werde.

Prof. Dr. Ulrich Schurr, Gesamtleitung BioökonomieREVIER, FZ Jülich GmbH, stellte die Entwicklung der Modellregion BioökonomieREVIER im Rahmen des Sofortprogramms der Bundesregierung zum Braunkohleausstieg vor. Die Bioökonomie biete für eines der größten Braunkohlegebiete Europas neue Chancen zur Gestaltung des Strukturwandels. Vor dem Hintergrund der Klimaziele der Bundesrepublik, den weiteren Umbrüchen in Wirtschaft und Gesellschaft seien Innovation und Nachhaltigkeit gefragt. Prinzipien der Bioökonomie wie Kreislaufwirtschaft und dezentrale Energieversorgung seien nicht neu und könnten genutzt werden, um die Ökonomie nach dem fossilen Zeitalter zu gestalten. Hierfür seien Forschungs- und Entwicklungskapazitäten zusammengeführt worden, um eine biobasierte, ressourceneffiziente und nachhaltige Wirtschaft systemisch zu entwickeln.

Ein breites Akteursnetzwerk aus Unternehmen, Betrieben, Zweckverbände, Schulen, Stiftungen oder regionalen Wirtschaftsförderern werde durch eine Koordinierungsstelle begleitet, die auch Projektaktivitäten in regionalen Exzellenz-Innovationsclustern verknüpfen. In sog. Innovationslaboren würden an der Schnittstelle von Forschung und Praxis zusammen mit der Industrie und Landwirtschaft neue Produkte umgesetzt u. a. Spezialkulturen für die Biochemie oder die Nutzung von Reststoffen aus Abwässern als Düngemittel. Aus ökologischer Sicht seien auch Zwischennutzungsszenarien, z. B. für den Hambacher Forst, gefordert, da ohne Begrünung die Gefahr der Staubentwicklung bestehe. In regionalen Innovationspartnerschaften entstünden hochspezialisierte Forschungsanlagen bis hin zu Demo- und Praxisanlagen, z. B. für den Einsatz von Fasern in der Textilindustrie. Zudem würden Dialogformate und Veranstaltungen für Wissenstransfer und Bürgerbeteiligung umgesetzt.

Prof. Dr. Klaus Müller, Leibniz-Zentrum für Agrarlandschaftsforschung (ZALF), erläuterte das Potenzial einer multifunktionalen Agrarlandschaftsnutzung mit Agri-Photovoltaik (Agri-PV). Landwirtschaftliche Flächen seien ein knappes Gut, Flächenverluste durch Versiegelung seien gestiegen. Im Kontext der Energiewende führe die Nutzung landwirtschaftlicher Flächen, vor

allem bei hoher Bodenqualität, durch den Bau von PV-Anlagen zu erheblichen Konflikten. Durch neue Flächenansprüche und Nutzungskonkurrenzen würden Pachtpreise steigen, in Brandenburg lägen diese in manchen Gegenden zwischen 5.000 und 6.000 € je Hektar. Mit PV-Anlagen sei viel mehr Energie zu produzieren als mit Biogasanlagen, die mit Mais „gefüttert“ werden. Letztendlich werde die Landschaft durch PV-Freiflächenanlagen aber zu „blauen Wiesen“ oder sogar „blauen Wüsten“, so Müller. Agri-PV ermöglichen hingegen eine Mehrfachnutzung von Flächen, z. B. beim Einsatz in Apfelbaumplantagen oder im Weinbau. Die Agri-PV-Anlage diene dabei auch als Hagelschutz, Sorge für Schatten und einen Wasserausgleich. Daher könne Agri-PV auch bei der Anpassung der Landwirtschaft an den Klimawandel eine Rolle spielen und zugleich Erträge sichern.

In der Anwendung sei die Technologie nicht kompliziert. Sie biete für landwirtschaftliche Betriebe eine Chance, sich als Innovationsträger weiterzuentwickeln und trage auch zu Wertschöpfung und Diversifizierung bei. Große PV-Anlagen entstünden derzeit unabhängig von EEG-Förderung überall in der Kulturlandschaft, fasste Müller zusammen. Es gehe daher nicht mehr um das „ob“, sondern um das „wie“. Agri-PV könne auch zu mehr Akzeptanz führen, da sie neben der Produktion von grünem Strom, auch Beiträge zum Biodiversitätsschutz leiste und die Energiewende auf eine breitere gesellschaftliche Basis stelle.

Uwe Widerek, Stadtentwässerungsbetriebe Köln, erläuterte ausgehend von den Hochwasserereignissen am Rhein in den 1990er Jahren die hohe Bedeutung des überregionalen Hochwasserschutzes und -managements. Durch seine Begradigung seit dem 19. Jahrhundert sowie die Bebauung und Eindeichung der Uferbereiche seien natürliche Überschwemmungsflächen verloren gegangen. Daher wären in der Gemeinschaftsaufgabe Hochwasserschutz bereits 40 Bauten entlang des Rheins fertiggestellt bzw. in Planung. Mit einem zu 100 % vom Land NRW geförderten Großprojekt in Köln-Worringen würden weitere Schutzflächen gewonnen. Es laufe ein Planfeststellungsverfahren mit ca. 225 Mio. Kosten für den Bau eines neuen Retentionsraums, der eine zielführende Steuerung im Falle eines Hochwasserereignisses ermögliche. Als Kippunkt werde der sog. Jahrhundertwasser-Stand von 11,70 m festgelegt und das Wasser könne schwallartig eindringen. Dies bringe eine max. Absenkung und führe dazu, die Evakuierungs-Zeiten für die Bevölkerung bis zu 14 Stunden zu verlängern. Im Falle eines Hochwasserereignisses brauche die Entleerung des Beckens über ein Gewässer 40 Tage, führte Widerek aus. Bei einer Flutung des Retentionsraums müsse eine Bundesstraße, die durch das Gebiet laufe, gesperrt werden. Der Grundwasserstand würde steigen und in die Bebauung eindringen. Er erklärte, dass in dem Großprojekt viele Themen, wie z. B. Naturschutz, zu gestalten und unterschiedliche Gruppen von der Landschaftsveränderung betroffen seien. Daher käme es zu Interessenskonflikten. Zudem seien Innenraumanlieger zu entschädigen und erforderliche Ausgleichsmaßnahmen umzusetzen. In einem eigenen Info-Büro werde Öffentlichkeitsarbeit für die Aufklärung der Bevölkerung umgesetzt mit dem Ziel, die Akzeptanz zu verbessern. Denn das Risiko Hochwasser müsse bewältigt werden.

Am zweiten Tag der Tagung informierten sich die Teilnehmer*innen im Rahmen zweier Fachexkursionen über erfolgreiche, zukunftsgerichtete Praxisbeispiele zur Gestaltung der Transformation des Rheinischen Reviers sowie zur Entwicklung von Landschaft, Landwirtschaft und ländlichem Raum im Bergischen Land.

Weitere Informationen, Pressemitteilungen und Vorträge auf der Website der Agrarsozialen Gesellschaft e.V. unter www.asg-goe.de